Problemen des ärmsten Landes in Westeuropa fertig zu werden.

Nur mühsam und unter wachsendem Druck von Kommunisten, Sozialliberalen und Konservativen konnte Premier Mário Soares sich in den vergangenen Monaten von einer Krise zur nächsten retten — und seit der vorigen Woche ist die ohnehin angeschlagene Regierungspartei drauf und dran, ihren linken Flügel zu verlieren.

31 Parteimitglieder — unter ihnen der ehemalige Landwirtschaftsminister António Lopes Cardoso und drei Parlamentsabgeordnete — wurden jetzt ultimativ aufgefordert, aus der Partei auszuscheiden, weil sie sich weigerten, ihre Zugchörigkeit zu der linksgerichteten "Arbeiterbruderschaft" aufzugeben, einer radikalen Fraktion, die gegen Zugeständnisse der bedrängten Parteiführung an die Konservativen opponiert.

Die tiefe Kluft zwischen Linkssozialisten und Sozialdemokraten innerhalb der portugiesischen Regierungspartei war bereits offenkundig geworden, als im Herbst vergangenen Jahres der damalige Landwirtschaftsminister Lópes Cardoso aus seinem Amt schied. Er hatte sich gegen Abstriche an seiner Landreform gewehrt, die den Großgrundbesitz in Portugals Südregion, dem Alentejo, unter landlose Bauern und Landarbeiter aufteilte.

Die Agrarreform, von den Kommunisten zunächst als zu lasch, von den Konservativen als zu radikal geschmäht, wurde in der Folgezeit Stück um Stück abgeschwächt — ein ständiger Streitpunkt für die Linken, die in der Rückgabe besetzter Ländereien an die Großgrundbesitzer einen Verrat an sozialistischen Idealen sahen.

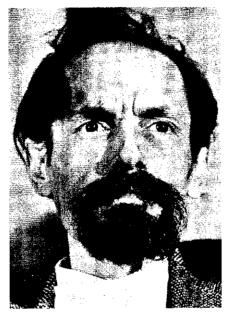
Auf dem Parteikongreß der Sozialisten vor einem Jahr bestätigten zwar die Genossen Regierungschef Mário Soares mit großer Mehrheit als Parteivorsitzenden. Doch für die Wahlen zur 151köpfigen Nationalkommission der Partei stellten sie eine linke Gegenliste auf, die zum Ärger der Parteiführung ein Viertel aller abgegebenen Stimmen erhielt.

Schon wenige Tage später mußten fünf Kandidaten der linken Liste ihr Parteibuch zurückgeben. "Wir können", so Vorstandsmitglied Manuel Alegre, "nicht die Existenz einer Partei innerhalb der Partei dulden." Doch die Parteiräson war damit noch längst nicht wiederhergestellt.

Im Januar mußten abermals vier Linksabweichler gehen, darunter zwei, die bei der Abstimmung über den Haushaltsplan der sozialistischen Minderheitsregierung gegen die Vorlage ihrer eigenen Partei gestimmt hatten. Als der Parteivorstand wenig später auf einem Sonderparteitag versuchte, ein Verbot der Kritik an der Führung durchzusetzen, scheiterte er.

Kurz darauf gründeten die Linken um Lopes Cardoso die "Arbeiterbruderschaft" (Fraternidade Operária)
— ein Versuch, den verbliebenen Einfluß der sozialistischen Partei auf Arbeiter und Gewerkschaften zu retten. Denn die notwendigerweise unpopulären Maßnahmen, mit denen die sozialistische Regierung sich mühte, die schwere Wirtschaftskrise des Landes zu meistern — 35 Prozent Inflation, 15 Prozent Arbeitslose, etwa 12 Milliarden Mark Auslandsverschuldung — verprellten vor allem die Gewerkschaften. Nur zehn Einzelgewerkschaften sind heute noch sozialistisch, fast alle übrigen aber Domäne der Kommunistischen Partei.

Die regierenden Sozialisten, so warf denn auch Lopes Cardoso dem Parteichef Soares vor, hätten das "Parteiprogramm für ein Linsengericht verkauft" und die Partei sei nur noch "eine Geisel der Rechten".



Linkssozialist Lópes Cardoso "Für ein Linsengericht verkauft"

Etwas Wahres ist schon daran — da die Regierungspartei im Parlament nur noch rund hundert Sitze hat, die sozialliberale PSD aber 73 und die rechtskonservative CDS 42, mußten die Sozialisten sich in der Tat mehrfach dem Druck von rechts beugen, um überhaupt regieren zu können. Denn die Kommunisten (40 Sitze), die in der Vergangenheit die Sozialisten gelegentlich im Parlament unterstützt hatten, kündigten vor drei Monaten jegliche weitere Zusammenarbeit auf.

Seither verschärfen Sozialliberale und Rechte ihrerseits den Druck auf die Sozialisten: Die PSD droht "systematische Opposition" an, wenn sie nicht bis Ende Oktober eine "klare Antwort" auf ihren Wunsch nach Regierungsbeteiligung erhalten habe. Und der Generalsekretär der CDS, Freitas do Amaral, tönte, es sei "eine nationale Notwendigkeit, der Regierung das Leben schwer zu machen und wenn möglich, sie durch eine andere zu ersetzen".

Doch da eben liegt das Problem: Soares wehrt sich nach wie vor gegen jegliche Koalition nach links oder rechts, weil er in der Minderheitsregierung die einzige Chance sieht, die auseinanderstrebenden Flügel seiner Partei zusammenzuhalten. "Keine andere Partei", erklärte er vergangene Woche, "wird mit uns auf unsere Kosten regieren." Ohne Sozialisten jedoch können die anderen Parteien auch nicht regieren. Selbst Neuwahlen, so ergaben Meinungsumfragen, würden das Patt nicht ändern.

Um das "Gleichgewicht der Ohnmächtigen" (so der unabhängige Linke Jorge Sampaio) zu durchbrechen, rief Staatspräsident António Ramalho Eanes vor wenigen Tagen die Parteien eindringlich zur Verständigung auf — bislang vergebens.

Dennoch müht Soares sich, ein Kunststück nachzumachen, das sein Namensvetter und Amtskollege, der spanische Ministerpräsident Suárez, vergangene Woche erfolg- und trickreich über die Bühne brachte: alle Parteien auf einen politischen Notstandspakt zur Rettung der Demokratie und der Wirtschaft einzuschwören.

Doch Portugals Sozialliberale wollen sich, anders als die Spanier, mit den Kommunisten gar nicht erst an einen Tisch setzen. Und die Konservativen beharren: "Zuerst muß ein Regierungswechsel provoziert werden."

SCHLEYER-FAHNDUNG

Wie Pygmalion

Während in Paris mehrere tausend Franzosen gegen Stammheim und für die RAF demonstrieren, machen die Elsässer bei der Fahndung nach den Schleyer-Mördern voll mit.

Wie James Bond", urteilt ein Lokalreporter in Mülhausen, nachdem er den Kombi-Lastwagen aus Wiesbaden umrundet hat, der seit zehn Tagen im Hof des Zentralkommissariats steht.

Die Deutschen Terroristen-Ermittler hatten ihren französischen Kollegen den Einsatzwagen als Fahndungshilfe geschickt: ein mit Elektronik vollgepacktes Auto, mit tickerndem Fernschreiber, einem Bildfunkgerät und mit direktem Draht zum Datenspeicher nach Wiesbaden.

Doch die elsässischen Kripo-Beamten blieben reserviert. Zwar: "So was haben wir bei uns nicht", sagt einer nach der Besichtigung, "aber ich finde, unsere Polizei sollte in ihren alten, grauen Räumen und bei ihren alten Methoden bleiben."

Er zieht an seiner Pfeife und mimt den Romanhelden Kommissar Maigret: "Wir machen es nicht mit Technik, sondern mit Spürsinn und Intui-

Und dann komme ich elegant wie Netzer aus der Tiefe des Raumes.



Endlich kann ich mit eigenen Augen kontrollieren, wie...



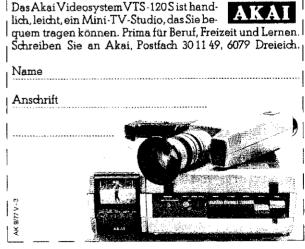
...ich antäusche, den Gegner aussteigen lasse und...



...den Ball mit der mir eigenen Grazie mitnehme.



Dank dem Akai Videosystem VTS-120S.



Akai Video. Ihr Viertes Fernsehprogramm.

tion, das ist genauso wirksam." Die "deutsche Elektronik", schrieb die Tageszeitung "l'Alsace" Ende letzter Woche, als kein Fahndungserfolg abzusehen war, sei dringend "auf die französischen Termiten" angewiesen.

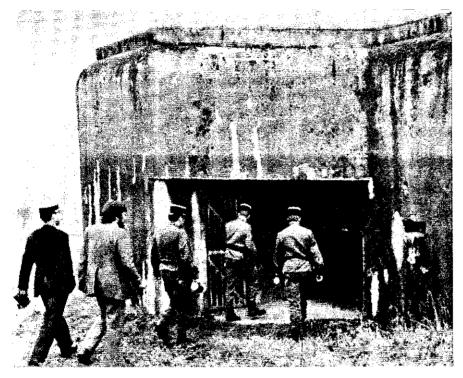
Seit dem Schleyer-Fund am Mittwoch vorletzter Woche suchen im Elsaß tausend Gendarmen und Kripo-Beamte nach den Mördern des Deutschen. Für die Elsässer ist ihre Heimat seither die "internationale Drehscheibe der Ermittlungen": "Die französischen Polizisten fahnden von morgens um sechs bis nachts um drei", berichteten stolz die "Dernières Nouvelles d'Alsace".

Aus der ausgesprochen "deutschen Affäre Schleyer" ("l'Alsace") ist unver-

— und überall "messen die Elsässer ihren Wohlstand an dem der deutschen und Schweizer Nachbarn und nicht an dem der Franzosen", sagt ein Mülhausener Sozialdemokrat.

Elsässische Arbeiter schätzen die Mitbestimmungsvorstellungen deutscher Gewerkschafter weit höher als die rigorosen Verstaatlichungsprogramme der französischen Syndikate. Mitterrands Sozialisten sind vielen elsässischen Linken zu links. Gemäßigte Sozialisten — wie der Parlamentsabgeordnete und Bürgermeister von Mülhausen, Emile Muller — gründeten eine eigene Partei nach dem Zuschnitt des Godesberger Programms.

"Unsere Linksintellektuellen", erläutert ein einheimischer Intellektueller,



Fahndung nach Schleyer-Versteck*: Direkter Draht zum Datenspeicher

sehens — zumindest was die Fahndung anbelangt — eine ausgesprochen elsässische Sache geworden. Denn "das Elsaß ist ein idealer Schlupfwinkel für Terroristen", sagt der Straßburger Redakteur François Lefranc. "Man muß sich hier nur ans Milieu anpassen, dann bleibt man unbemerkt."

Im nördlichen Elsaß sind deutsche Touristen aus Baden und dem Saarland genauso beliebt wie die deutschen Fernsehprogramme. Im Dreiländereck bei Basel ist die alemannische Verbundenheit oft stärker als das französische Nationalbewußtsein.

Die Mülhausener etwa, erst 1798 von der Grande Nation einverleibt, fühlen sich zu den Baslern hingezogen. Sogar die Europastadt-Straßburger schätzen kleinstädtische Rechtschaffenheit mehr als das Pariser laisser-faire

* Französische Polizei vor einem Bunker der Maginot-Linie. "haben sich nie gegen die Auslieferung von Croissant stark gemacht oder die Haftbedingungen in Stammheim kritisiert — und trotzdem sachlich Distanz gewahrt."

Dabei haben es die Deutschen ihren Nachbarn zu keiner Zeit leichtgemacht, sachlich, gar freundlich zu sein. Oft genug kamen sie als feindliche Eindringlinge. Und auch während der Fahndung waren die Deutschen so präsent wie ihre deutsche Vergangenheit.

Hunderte von Polizisten durchsuchten die alten Bunker der Maginot-Linie zwischen Belfort und der Saar, die zur Verteidigung gegen die Deutschen errichtet worden waren. Kurz nach Bekanntgabe des Leichenfunds glaubten mehrere Mülhausener, die Terroristen auf dem Hartmannsweilerkopf gesehen zu haben.

Kripo-Beamte durchsuchten auch die Wochenend-Häuser deutscher

Wohlstandsbürger in den nördlichen Vogesentälern, wo wegen der Deutschenflut in einigen Tälern Baustopp erlassen wurde. Und als ältere Leute auf dem Mülhausener Gemüsemarkt ein Pärchen beobachteten, das auffällig Hochdeutsch sprach, alarmierten sie die Gendarmen.

Solche Reaktionen sind nicht feindlich gemeint, sie haben nichts von der Hysterie, mit der französische Intellektuelle in Paris über die Deutschen seit Schleyer und Stammheim herziehen.

Der Kabarettist und Kulturreferent der Stadt Straßburg, Germain Muller, sieht das Elsaß eher als "politisches Niemandsland zwischen Deutschen und Franzosen" — und billigt deshalb seinen elsässischen Landsleuten zu, den Terrorismus nicht als deutsches oder französisches Problem, sondern als "eine weltinnenpolitische Frage" zu verstehen.

Als vergangene Woche der linke Verfechter der französischen "nouvelle philosophie", André Glucksmann, eine Vortragstournee durchs Elsaß machte, beklatschten 2000 Straßburger seine Ansicht, daß "die Mörder von SS-Mann Schleyer weder die Naziopfer wiederbeleben noch die Ausbeutung der Arbeiter mildern" können, vielmehr ebenso konterrevolutionär seien wie die Stalinisten im eigenen Land.

Für Germain Muller ("wir kennen die Deutschen, schließlich arbeiten 20 000 Elsässer drüben") sind darum die naiven Provinzler — soweit es "das deutsche Problem" betrifft — eher in Paris zu finden als in Straßburg: "Ans große Gefasel vom Saint-Germain-des-Prés können wir uns nicht halten."

Protest gegen die RAF-Großfahndung haben denn nicht die elsässischen Links-Gruppen, sondern die Funktionäre der kommunistisch gelenkten Gewerkschaft CGT in Paris erhoben — mit dem Hinweis, daß die elsässische Tagespresse mit den Deutschen kollaboriert habe, indem sie Fahndungsphotos und Dienststellen-Telephonnummern veröffentlicht habe.

Tatsächlich folgten die elsässischen Blätter nicht der Pariser, sondern eher der deutschen Terrorismus-Interpretation — so zum Beispiel, als die "Dernières Nouvelles" nach dem Leichenfund in Mülhausen zunächst über die "Schleyer-Hinrichtung" schrieben, dann aber, vom vierten Tag an, konsequent über die Fahndung nach den "Schleyer-Mördern" berichteten, bis schließlich Ende voriger Woche "die französische Polizei und ihre deutschen Helfer der Erschöpfung nahe" gewesen seien.

"Wir sind eben wie Pygmalion" nennt Germain Muller diese Anpassung ans Rechtsrheinische. In Grenzen. Denn sollte die Schleyer-Ermordung auf französischem Boden stattgefunden haben und würden die Täter in Frankreich gefaßt, "dann", so Muller, "könnten sie von einem französischen Richter zum Tode verurteilt werden".



Schweizer Automatik-Uhr



An dieser Anzeige beteiligen sich sieben Schweizer Hersteller von hochqualitativen Uhrenbestandteilen: Les Fabriques d'Assortiments Réunies, Les Fabriques de Balanciers Réunies, Le Groupement suisse des fabricants de ressorts d'horlogerie, Nivarox SA, Pierres Holding SA, Universo SA, Portescap